

Wem gehört die ökonomische Bildung?

Notizen zur Verflechtung von Wissenschaft,
Wirtschaft und Politik

von *Reinhold Hedtke* und *Lucca Möller*

Reinhold Hedtke ist Professor für Didaktik der Sozialwissenschaften und Wirtschaftssoziologie an der Universität Bielefeld.

Lucca Möller, B.A., M.E.d., war wissenschaftliche Hilfskraft an der Universität Bielefeld.

Reinhold Hedtke

Wem gehört die ökonomische Bildung?

Zusammenfassung

Insbesondere Wirtschaftsverbände, unternehmernahe Stiftungen, Institute und Initiativen fordern seit einem Jahrzehnt mehr ökonomische Bildung an Schulen. Die vorliegenden Studien zeigen, dass sie als locker verbundene Lobbyisten zusammen mit einigen Wirtschaftsdidaktikern ein bestens finanziertes politisch-pädagogisches Netzwerk bilden. Seine Akteure und Aktivitäten finden parteipolitische Unterstützung vor allem bei CDU und FDP.

In und mittels der ökonomischen Bildung befördert dieses Netzwerk die Interessen der privaten unternehmerischen Wirtschaft sowie politische Positionen des wirtschaftsliberal-konservativen Spektrums. In diesem Sinne sollen auch die Schülerinnen und Schüler einseitig beeinflusst werden. Das legen Analysen einiger Unterrichtsmaterialien nahe, die Akteure aus diesem Netzwerk entwickelt haben und verbreiten. Pluralistische An-

sätze in Wirtschaftstheorie und Wirtschaftspolitik sucht man dort meist vergebens. Über Lehr-Lern-Materialien strebt insbesondere die Finanzindustrie nach Präsenz im Klassenzimmer, ihre Mitarbeiter sollen zu Finanzieller Allgemeinbildung unterrichten. Das ist eine bemerkenswerte Vermischung von Bildungsauftrag und Gewinninteressen.

Fasst man die Ergebnisse der einzelnen, explorativen Analysen zusammen steht zu befürchten, dass ein Schulfach Wirtschaft zum Fach der Wirtschaft und Wirtschaftsverbände wird und wirtschaftsliberal-konservatives Denken in die Schulen bringen soll. Demgegenüber müssen Bildungspolitik und Wirtschaftsdidaktik den wissenschaftlichen und politischen Pluralismus in der ökonomischen Bildung in allgemein bildenden Schulen sichern. Den Unternehmer- und Wirtschaftsverbänden steht kein Alleinvertretungsanspruch für „die Wirtschaft“ zu. Auch Akteure wie Gewerkschaften, Umwelt- und Verbraucherverbände haben zu wirtschaftlichen Themen Wichtiges zu sagen. Deshalb gehört in einer Demokratie die öffentliche ökonomische Bildung allen.

Lucca Möller

Vernetzt mit Wirtschaft und Politik

Zusammenfassung

Die explorative Studie, die als Vorstudie zu einer methodisch anspruchsvolleren Netzwerkanalyse angelegt ist, skizziert das Netzwerk der ökonomischen Bildung, das durch Verknüpfungen zwischen Personen, Projekten, Publikationen und Presseorganen entsteht. Als aufschlussreich erweist sich auch die exemplarische Analyse einschlägiger Tagungen. Diese identifiziert individuelle und korporative Schlüsselakteure, darunter wirtschaftsnahe und konservative Stiftungen. Eine zentrale Stellung im Netzwerk hält das Oldenburger Institut für Ökonomische Bildung.

Wichtige Ergebnisse der Studien von Hedtke und Möller im Überblick

1. Hinter der bildungspolitischen Forderung, ökonomische Bildung durch ein eigenes Schulfach Wirtschaft zu Lasten anderer Fächer auszuweiten, steht ein einflussreiches Netzwerk von Wirtschaftsverbänden, privaten Großunternehmen und wirtschaftsliberal-konservativen Einrichtungen und Akteuren.
2. Dieses Netzwerk für mehr ökonomische Bildung an Schulen ist durch Projekte, Personen, Publikationen und Finanzströme mit den Parteien CDU, FDP und CSU, mit ihnen nahe stehenden Einrichtungen sowie mit von ihnen geführten Bildungs- und Wissenschaftsministerien verbunden. Das übrige politische Spektrum bleibt ausgegrenzt.
3. Das Netzwerk steht für eine ökonomische Bildung, auf die Privatunternehmen, Wirtschaftsverbände und wirtschaftsliberal-konservative Organisationen inhaltlich erheblichen Einfluss nehmen. Alle anderen Interessen und Institutionen wie Arbeitnehmer-, Verbraucher- oder Umweltverbände oder die Sozialwirtschaft bleiben marginal.
4. Die von Wirtschaftsverbänden, Privatunternehmen und wirtschaftsliberal-konservativen Organisationen breit in die Schulen gestreuten Lernmaterialien sind nicht selten wissenschaftlich und politisch tendenziös und fördern oft einseitig unternehmernahe Weltbilder, Akteure und Interessen.
5. Besonders enge Beziehungen bestehen zwischen diesem Netzwerk und der Finanz- und Versicherungsindustrie. Sie wirkt als Organisator, Geldgeber und Produzent von Lernmaterial. Sie vermittelt auch ihr Vertriebspersonal an Schulen, das dort über Versichern und Geldanlagen unterrichten soll.
6. Wirtschaftsverbände und einzelne Konzerne dominieren die Angebote zur Lehrerfortbildung im Feld der ökonomischen Bildung und gewinnen personellen und inhaltlichen Einfluss auch auf staatliche Fortbildungseinrichtungen.
7. Die ökonomische Allgemeinbildung bildet inzwischen eine kleine Wirtschaftsbranche, die staatlich vielfältig subventioniert wird. Eine Reihe von Personen und Organisationen profitieren ökonomisch von mehr ökonomischer Bildung. Dazu gehören auch Einrichtungen an Universitäten, deren Unabhängigkeit durch interessierte Geldgeber in Gefahr gerät.
8. Insgesamt ergibt sich durch dieses Netzwerk das Bild einer von den Interessen großer Privatunternehmen und Wirtschaftsverbände dominierten ökonomischen Bildung, die wirtschaftsliberal-konservativen Philosophien, Positionen, Personen, Politiken und Interessen einen bevorzugten Platz einräumt.
9. Eine Alternative zu diesem ideologisch, interessensspezifisch und parteipolitisch einseitig strukturierten Netzwerk für mehr ökonomische Bildung existiert bisher nicht. Das Schulfach Wirtschaft wird so zum Fach der Wirtschaft. Bleiben andere wissenschaftliche und politische Positionen und gesellschaftliche Gruppen weiter randständig, wird der Pluralismus aus der ökonomischen Bildung vertrieben. Deshalb muss die Bildungspolitik den öffentlichen Bildungsauftrag der Schulen auch in der ökonomischen Bildung gegenüber einseitigen Einflüssen verteidigen.

Die Langfassungen der Studien von Reinhold Hedtke und Lucca Möller können unter

http://www.iboeb.org/moeller_hedtke_netzwerkstudie.pdf

nachgelesen werden.

Prof. Dr. Klaus-Peter Kruber
Erster Vorsitzender

Stellungnahme zur Verbreitung der „Studie der iboeb über Lobbyarbeit in der ökonomischen Bildung“ durch den Bundesvorstand der DVPB

Mit mail vom 10.5.2011 verbreitet der Bundesvorstand wertende Meinungsäußerungen und anhängende Papiere von Reinhold Hedtke und Lucca Möller (Uni Bielefeld) zur ökonomischen Bildung. Hierzu eine Frage an den Bundesvorstand.

Prof. Hedtke betreibt seit Jahren einen Feldzug gegen eine seiner Meinung nach „wirtschaftsliberal-konservativ“ geprägte und einseitig auf Unternehmerinteressen ausgerichtete ökonomische Bildung. Er vertritt in seinen Expertisen implizit und explizit politisch anders gefärbte Positionen – völlig legitim. Durch die unkommentierte Weitergabe nur der Hedtke-Positionen und durch die Weitergabe seiner Eigenwerbung für die iböb entsteht allerdings der Eindruck, dass die DVPB diese Positionen übernimmt. Entspricht das dem Kontroversitätsgebot?

Hier ist nicht der Ort für eine inhaltliche Diskussion der „Netzwerkstudie“ von Hedtke und Möller. Diese muss auf wissenschaftlichem Niveau zwischen Fachdidaktikern und Beteiligten aus Schulen und Gesellschaft geführt werden. Einen solchen Diskurs zu organisieren könnte eine spannende Aufgabe der DVPB sein. An dieser Stelle nur einige kurze Anmerkungen zum (nicht neuen) Vorwurf Hedtkes, ökonomische Bildung sei das Trojanische Pferd des Wirtschaftslobbyismus.

1. Der Landesverband Schleswig-Holstein versteht sich unter anderem als Interessenvertretung des Fachs Wirtschaft/Politik. Wirtschaft/Politik zielt auf eine (an den Kriterien von Beutelsbach orientierte) ökonomische (und natürlich auch politische) Allgemeinbildung, die „Wirtschaft“ nicht nur als policy-Feld versteht, sondern weit darüber hinaus reichende eigen-

ne ökonomische Bildungsinhalte umfasst.

2. Zu einer Befassung mit Ökonomie gehört die Öffnung der Schulen für Berufsorientierung, Praxiskontakte und Kooperationen mit der Wirtschaft. Unkritische Übernahme von Positionen aus „der Wirtschaft“ verbietet sich ebenso wie die pauschale Unterstellung von Infiltration von Unterricht durch Wirtschaftskontakte. Fachwissenschaftlich und fachdidaktisch qualifizierte Lehrkräfte, die mit Materialien aus Verbänden und Parteien umzugehen wissen, und in demokratischen Verfahren legitimierte Lehrpläne sind notwendige Bedingungen für eine problemorientierte und auf Urteilsfähigkeit zielende ökonomisch-politische Bildung.

3. Durch Drittmittel finanzierte Projekte, Sponsoring von Tagungen und die Zusammenarbeit mit Verbänden oder (in der Politikdidaktik verbreitet) mit parteinahen Stiftungen, mit NGOs oder (von Parteien getragenen) Ministerien sind gängige Praxis im Wissenschaftsbetrieb und aus vielen Gründen notwendig. Es gelten Regeln der wissenschaftlichen Ethik. Im Übrigen müssen auch Fachdidaktiker begründet verschiedene Positionen vertreten dürfen (Hedtke beweist es), davon lebt die wissenschaftliche Diskussion. Verschwörungstheorien, wie sie das Hedtke-Papier suggeriert, sind maßlos überzogen und enthalten die Ehre verletzende Unterstellungen gegenüber Fachdidaktikern der ökonomischen Bildung. Als Autor von Bausteinen in dem von der Bertelsmann-Stiftung und anderen wirtschaftsnahen Stiftungen finanzierten Projekt „Ökono-

mische Bildung – online“ fühle ich mich persönlich betroffen.

4. Zwischen der legitimen Interessenvertretung und Öffentlichkeitsarbeit von Wirtschaftsverbänden, Gewerkschaften, Parteien, NGOs und daraus hervorgehenden bildungspolitischen Positionen und Materialien einerseits und der wissenschaftlichen Fachdidaktik und amtlichen Lehrplänen andererseits gilt es zu unterscheiden. Grenzverletzungen kommen vor und müssen aufgezeigt werden. In der Studie finden sich Beispiele. Aber Hedtkes Verschwörungstheorie unterstellt die ökonomische Bildung pauschal dem Generalverdacht, Instrument von Wirtschaftslobbyismus zu sein. Fachdidaktiker der ökonomischen Bildung (und – ich bin sicher – auch die meisten Lehrkräfte in den Schulen) verwahren sich gegen diesen bewusst erzeugten Eindruck. Die DVPB sollte sich daran nicht beteiligen, sondern (gerade auch kontroverse) Diskussionen unter Fachdidaktikern unterschiedlicher Richtungen fördern

Eine Anmerkung zum Schluss: Herr Hedtke kritisiert seit Jahren das Oldenburger Institut für Ökonomische Bildung (Prof. Kaminski). Er schadet durch die Übertragung seines Verschwörungsvorwurfs gegenüber dem IÖB auf die ökonomische Bildung allgemein dem Anliegen einer fachwissenschaftlich und fachdidaktisch gleichermaßen fundierten Wirtschaftsbildung, die er angeblich befördern will. Dies gilt erst recht, wenn der Eindruck entsteht, die DVPB mache sich seine Thesen zu eigen.

Kiel, den 18.5.2011